

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Gespräch mit StM Philipp Amthor im Bundeskanzleramt

Kommunales Finanzdesaster: Landräteseminar 2026 beschließt „Berliner Appell“

Das Landräteseminar 2026 in Berlin stand ganz im Zeichen einer sich zuspitzenden kommunalen Finanzkrise. Der traditionelle Austausch des Hessischen Landkreistages mit hochrangigen Gesprächspartnern auf Bundesebene stellte ein Spiegelbild der Herausforderungen dar, mit denen sich die Landkreise aktuell konfrontiert sehen. Zu Beginn machten der neue Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, **Dr. Kay Ruge**, und die DLT-Beigeordnete **Dr. Irene Vorholz** deutlich, wie dramatisch die finanzielle Lage inzwischen geworden ist. Die kommunalen Kernhaushalte steuern auf ein Rekorddefizit von rund 30 Milliarden Euro zu – eine Größenordnung, die es in dieser Form noch nie gegeben hat. Hauptursache sind stark steigende, gesetzlich determinierte Sozialausgaben, die die Landkreise tragen müssen, ohne Einfluss auf deren Ausgestaltung zu haben.

Im Gespräch mit **Staatsminister Philipp Amthor**, der die Bund-Länder-Zusammenarbeit im Bundeskanzleramt verantwortet, wurde insbesondere auch die strukturelle Dimension der Krise vermittelt. Neue Pflichtaufgaben gelangen regelmäßig ungefiltert in die kommunale Ebene, während Bund und Länder die finanziellen Folgen kaum spüren. Die Landrätinnen und Landräte warnten eindringlich davor, dass diese Entwicklung nicht nur die kommunale Selbstverwaltung gefährdet, sondern auch demokratiepolitische Folgen haben kann. Wenn die Kommunen ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können, leidet das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat insgesamt.

Neben der Finanzlage standen weitere Zukunftsthemen im Mittelpunkt der Beratungen. Mit **Sören Bartol**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, diskutierten die Landrätinnen und Landräte über die Wohnungsnot und die notwendigen Reformen im Städtebau- und Raumordnungsrecht. Es ging um schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, eine bessere Steuerungsfähigkeit gegenüber dem demografischen Wandel und die Frage, wie ländliche Räume durch gezielte Investitionen und eine effizientere Förderarchitektur langfristig stabilisiert werden können.



Liebe Leserin, lieber Leser,

die kommunalen Hilferufe zeigen auf Bundesebene ansatzweise Wirkung. Ende Juni haben der Bundeskanzler und die Regierungschefs der Länder Beschlüsse u.a. zur Reform der Veranlassungskonnexität, einem ressourceneffizienteren Vollzug von Leistungsgesetzen und einer Bündelung von Verwaltungsleistungen zur Reduzierung von Doppelstrukturen gefasst. Doch die Finanzlage ist strukturell bedingt dramatisch. Künftig drohen sogar noch zusätzliche Belastungen. Die Wirkung der Entlastungsmaßnahmen hängt nun entscheidend davon ab, ob und wie schnell sie umgesetzt werden – oder ob sie von der angelegten Ausgabenrealität überrollt werden. Bund und Länder müssen jetzt beweisen, dass ihre Zusagen mehr sind als bloße Beschwichtigungsversuche.

Ihr Bernd Woide, Präsident

Inhalt

TITELTHEMA	SEITE 01
■ Kommunales Finanzdesaster: Landräteseminar 2026 beschließt „Berliner Appell“	
KURZ NOTIERT	SEITE 03
■ Konstituierung der KTV-Konferenz	
■ Präsidium beschließt Forderungspapier zur Entbürokratisierung von Landesförderverfahren	
■ Kreisfinanzbericht 2025/2026	
AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG	SEITE 04
■ Pflegeversicherung: Landkreise warnen vor massiver Kostenabwälzung	
■ Rettungsdienst: Warnung vor strukturellen Eingriffen und Kostenverlagerungen	
TERMINE	SEITE 04

Ein besonders eindrucksvoller Austausch erfolgte mit Oberst **Michael Felten** vom Landeskommmando Hessen. Felten machte deutlich, dass Deutschland sicherheitspolitisch in einer neuen Lage angekommen ist: „Wir befinden uns zwar nicht im Krieg, aber auch schon lange nicht mehr im Frieden.“ Er erläuterte die Eckpunkte des „Operationsplans Deutschland“, der die zivilmilitärische Zusammenarbeit neu ordnet. Die Landkreise werden künftig stärker als operative Knotenpunkte der staatlichen Notfallvorsorge gefordert sein. Das bedeutet wachsende Anforderungen an Personal, Infrastruktur, Krisenmanagement und die Sicherung kritischer Versorgungssysteme. Ergänzt wurde dieser Austausch durch Gespräche mit hochrangigen Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums und des Hessischen Innenministeriums.

Abgerundet wurde das Seminar durch ein Gespräch mit **Dr. Michael Schäfer**, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der die Erwartungen der Kommunen an die bevorstehende Sozialstaatsreform aufnahm. Die Landrätinnen und Landräte machten deutlich, dass die Reform eine historische Chance bietet, Aufgaben und Verfahren so zu verändern, dass dauerhaft tragfähige Strukturen entstehen.

Die Beratungen mündeten schließlich in die Verabschiedung des **Berliner Appells**, der die Position der Landkreise gegenüber Bund und Ländern schärft und bundesweit Aufmerksamkeit erhielt.

Berliner Appell: Reformen müssen Kommunen spürbar entlasten



Dunkle Wolken über den Landkreisen: Soziallasten und Aufgabenexplosion zwingen die Landkreise in die Knie

Der **Berliner Appell** ist das zentrale politische Ergebnis des Landräteseminars 2026. Er fasst die Erwartungen der hessischen Landrätinnen und Landräte an Bund und Länder zusammen und fordert, die Ursachen der kommunalen Ausgabendynamik endlich konsequent anzugehen. Besonders im Bereich der Sozialleistungen, die die Landkreise in erheblichem Umfang tragen, sind die Kosten in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Die Landrätinnen und Landräte betonen, dass Reformen in der gesetzlichen Krankenversicherung, der Alterssicherung und weiteren Sozialbereichen nicht erneut zu Lasten von Ländern und Kommunen gehen dürfen.

Präsident Bernd Woide formulierte es unmissverständlich: „Wir können die kommunale Finanzkrise nicht dauerhaft mit immer mehr Geld auffangen, solange bundespolitische Entscheidungen die Ausgaben der Landkreise weiter nach oben treiben. Der Bund muss die Sozialstaatsreform jetzt nutzen, um die kommunalen Haushalte spürbar und dauerhaft zu entlasten.“

Die Landkreise sehen in der bevorstehenden Sozialstaatsreform die Chance, Aufgaben, Verfahren und Leistungsstrukturen so zu verändern, dass dauerhaft tragfähige Lösungen entstehen. Im Hessischen Zukunftspakt wurden Verfahrensänderungen bei der Zusammenarbeit vereinbart. Insbesondere im Bereich der Sozialgesetzgebung müssen diese nun wirksame Umsetzung finden. Klar ist aber: Verfahrensvereinfachungen alleine reichen angesichts der enormen Größenordnung der Soziallasten nicht aus. Erforderlich sind grundlegende strukturelle Verbesserungen, damit eine spürbare und dauerhafte finanzielle Entlastung bewirkt wird.

Der Appell richtet den Blick zugleich auf die eigene staatliche Aufgabenstruktur. Land und Kommunen sollen gemeinsam prüfen, welche Standards weiterhin notwendig sind, wo Verfahren vereinfacht und Aufgaben gebündelt werden können.

Die Landrätinnen und Landräte sprechen sich dafür aus, die begonnene Aufgabenkritik konsequent fortzuführen und dabei auch die Landesebene einzubeziehen. Erst wenn die Ausgabendynamik wirksam begrenzt wird, kann eine dauerhaft tragfähige Finanzierung der Landkreise erreicht werden.

Angesichts der akuten Haushaltslage fordern die Landrätinnen und Landräte zudem eine Soforthilfe des Landes Hessen für 2027, da die erwarteten Zuwächse im Kommunalen Finanzausgleich die steigenden Pflichtausgaben nicht ausgleichen können. Für die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2028 erwarten die Landkreise eine strukturelle Reform, die sich an den tatsächlichen Aufgaben und Ausgaben orientiert und die bestehende Finanzierungslücke wirksam schließt. Nur so kann die kommunale Handlungsfähigkeit dauerhaft gesichert werden.

Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut des Berliner-Appells.



Download
Berliner Appell

Konstituierung der KTV-Konferenz



Die Konferenz der Kreistagsvorsitzenden trat am 16. und 17. Juni 2026 anlässlich des Hessentags in Fulda zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden wurde erneut **Helmut Herchenhan** (Landkreis Fulda) gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden **Andreas Güttler** (Landkreis Kassel).

Zu Beginn begrüßten die Vorsitzenden Staatssekretär **Martin Röbler**, HMdI, (Bild: 1. Reihe, 4. von rechts) zu einem Austausch über staatliche Sicherheit, Förderprogramme der interkommunalen Zusammenarbeit und Fragen der zivilen Verteidigung. Hervorgehoben wurde die Bedeutung der Bürgerbeteiligung und die Frage, wie Jugendliche stärker für staatliche Aufgaben gewonnen werden können.

Als weiterer Gast nahm Programmdirektorin **Julia Krittian** (Hessischer Rundfunk) teil. Im Mittelpunkt standen der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, aktuelle Themen vor Ort sowie Erwartungen an die öffentlich-rechtlichen Medien.

Darüber hinaus befasste sich die Konferenz mit Herausforderungen der neuen Wahlzeit und aktuellen kommunalrechtlichen Fragestellungen, die die Arbeit der Kreistage in den kommenden Jahren prägen werden.

Präsidium beschließt Forderungspapier zur Entbürokratisierung von Landesförderverfahren

Das Präsidium des Hessischen Landkreistages hat ein umfassendes Forderungspapier zur Entbürokratisierung der Förderverfahren des Landes Hessen beschlossen. Es soll gemeinsam mit den Schwesterverbänden gegenüber dem Land eingebracht werden.

Ausgangspunkt sind die Vereinbarungen des Zukunftspakts, nach denen Förderprogramme konsolidiert, Verfahren vereinfacht und Infrastrukturmittel stärker pauschal bereitgestellt werden sollen. Im Mittelpunkt steht eine grundlegende Weiterentwicklung des Zuwendungsrechts nach § 44 LHO.

Künftig sollen pauschale Zuweisungen Vorrang vor kleinteiligen Förderprogrammen erhalten. Für verbleibende Programme werden unter anderem ein förderunschädlicher Vorhabenbeginn ab Antragstellung, vereinfachte Verwendungsbestätigungen, der Wegfall von Beleglisten und verpflichtenden Zwischennachweisen sowie größere Spielräume bei Budgetumschichtungen gefordert. Kommunale Rechnungsprüfungsämter sollen zudem nicht länger obligatorisch eine zusätzliche Vorprüfung von Verwendungsnachweisen durchführen müssen.

Ein wesentlicher Leitgedanke ist dabei „Vertrauen statt Kontrolle“. Die bestehenden kommunalen Haushalts-, Kontroll- und Prüfstrukturen sollen stärker anerkannt und zusätzliche Nachweis- und Kontrollanforderungen auf notwendige Fälle beschränkt werden. Zugleich sollen Förderverfahren standardisiert, medienbruchfrei digitalisiert und Rückforderungen stärker auf materielle Verstöße konzentriert werden.

Kreisfinanzbericht 2025/2026



Mit dem Kreisfinanzbericht 2025/2026 legt der HLT erstmals eine eigenständige, umfassende Datengrundlage zur finanziellen Entwicklung der 21 hessischen Landkreise vor. Künftig soll der Bericht regelmäßig fortgeschrieben werden. Die Ergebnisse zeigen eine deutliche Verschärfung der Finanzlage. Für 2025 weisen die Landkreise im ordentlichen Ergebnis insgesamt ein Defizit von 286,2 Mio. Euro aus, für 2026 werden 372,8 Mio. Euro erwartet. Noch ausgeprägter fällt die Entwicklung im Finanzhaushalt aus. Nach einem Defizit von 247,4 Mio. Euro im Jahr 2025 wird für 2026 ein negativer Finanzierungssaldo von 484,8 Mio. Euro erwartet.

Der Bericht macht insbesondere die hohe Dynamik der Sozialausgaben sowie steigende Belastungen bei Krankenhäusern und ÖPNV als wesentliche Ursachen sichtbar. Die Ergebnisse unterstreichen den Handlungsbedarf bei der strukturellen Finanzierung der Landkreise und bei der anstehenden Reform des Kommunalen Finanzausgleichs. Der gesamte Bericht ist abrufbar unter:



**Kreisfinanzbericht
2025/2026**

Rettungsdienst: Warnung vor strukturellen Eingriffen und Kostenverlagerungen

Die kommunalen Spitzenverbände unterstützen eine bessere Vernetzung der Notfallversorgung, etwa durch die Verzahnung der Rufnummern 112 und 116117 sowie integrierte Notfallzentren. Sie warnen jedoch vor tiefgreifenden Eingriffen in die gewachsenen, kommunal getragenen Rettungsdienststrukturen. Der Rettungsdienst sei zugleich medizinische Notfallversorgung und Teil der Gefahrenabwehr; Länder und Kommunen hätten dafür über Jahrzehnte leistungsfähige Systeme aufgebaut.

Kritik richtet sich vor allem gegen die geplante bundesrechtliche Neuordnung im SGB V. Diese greife in Länderezuständigkeiten ein und könne erhebliche finanzielle Belastungen für Kommunen auslösen. Einsparungen der Krankenkassen dürften nicht zu Milliardenlöchern in kommunalen Haushalten werden. Vorhalte- und Investitionskosten müssten gesetzlich abgesichert bleiben, ebenso die bestehenden Gebührenmodelle der Länder.

Angesichts hoher Vorhaltekosten, steigender Personalkosten und wachsender Anforderungen – etwa durch Hitze- und Katastrophenlagen – fordern die Verbände statt neuer Strukturvorgaben eine verlässliche Finanzierung aller Leistungen, auch solcher ohne Transport ins Krankenhaus. Eine gezielte Anpassung des § 60 SGB V könne dies ermöglichen.

Pflegeversicherung: Landkreise warnen vor massiver Kostenabwälzung

Der Deutsche Landkreistag kritisiert die zunehmende finanzielle Überlastung der kommunalen Sozialhilfe durch Defizite der Pflegeversicherung. Die Landkreise seien faktisch längst „die zweite Pflegekasse“, jedoch ohne eigene Einnahmen. Bereits 2025 lagen die Bruttorausgaben der Hilfe zur Pflege bei 6,6 Mrd. €, ein Plus von fast zwölf Prozent. Ursache sei, dass immer mehr Pflegebedürftige steigende Eigenanteile nicht tragen könnten und direkt in die Sozialhilfe rutschten – entgegen dem ursprünglichen Zweck der Pflegeversicherung.

Der Entwurf des Pflegeneuordnungsgesetzes würde diese Entwicklung nach Einschätzung des Landkreistags weiter verschärfen. Für 2027 werden Mehrkosten von rund 1 Mrd. € erwartet, langfristig könnten die kommunalen Zusatzbelastungen bis 2035 auf fast 2 Mrd. € steigen. Mit demografisch bedingt steigenden Fallzahlen drohten jährliche Sozialhilfeausgaben von rund 12 Mrd. €. Der Landkreistag fordert daher u.a. die Streichung der geplanten Streckung der Leistungszuschläge, eine Begrenzung der Eigenanteile und die Herausnahme sachfremder Kosten. Ausgewogene Anpassungen der Pflegegrade und Prävention seien sinnvoll, könnten die Milliardenlasten aber nicht kompensieren. Einschnitte bei Rentenbeiträgen für pflegende Angehörige lehnt der Verband ab. Der Gesetzentwurf müsse grundlegend überarbeitet werden, damit Kommunen nicht erneut als Ersatzkasse herangezogen werden.

TERMINE

- | | |
|---|--|
| ■ Wirtschafts- und Umweltausschuss
Mittwoch, 21.10.2026, 10:00 Uhr, Wiesbaden | ■ Schul- und Kulturausschuss
Montag, 09.11.2026, 10:00 Uhr, Wiesbaden |
| ■ Rechts- und Europaausschuss
Donnerstag, 29.10.2026, 10:00 Uhr, Videokonferenz | ■ Fachausschuss für Digitalisierung und Innovation
Dienstag, 10.11.2026, 10:00 Uhr, Videokonferenz |
| ■ Finanzausschuss
Dienstag, 03.11.2026, 10:00 Uhr, Wiesbaden | ■ Präsidium
Donnerstag, 19.11.2026, 16:00 Uhr, Wiesbaden |
| ■ Sozialausschuss
Donnerstag, 05.11.2026, 10:00 Uhr, Wiesbaden | |



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Geschäftsführer:
Dr. Michael Koch
Tim Ruder

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: streiner@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Dr. Lorenz Wobbe
(Pressesprecher)
Vanessa Streiner
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE
zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Triadon – Kommunikationsdesign
www.triadon.de
Fichtering 11a
64572 Büttelborn

BILDNACHWEIS

Hessischer Landkreistag
Adobe Systems Software Ireland
Limited